

## Hintergrund: Armenien

18. Mai 2016



### Von Feinden umgeben? Wie der Karabach-Konflikt Armenien in die Isolation treibt

**Peter-Andreas Bochmann & Oleg Friesen**

Erneut erschütterten Anfang April 2016 Gefechte die Region Bergkarabach – die schwersten Kämpfe seit dem Waffenstillstand von 1994. Parallel zu den Kampfhandlungen ging die armenische Diplomatie in die Offensive, um das Land auf internationaler Bühne als Opfer aserbaidchanischer Aggression zu stilisieren. Die internationale Gemeinschaft reagierte jedoch mit Distanz und Zurückhaltung. Selbst der Bündnispartner Russland griff nicht in die Geschehnisse ein, denn völkerrechtlich gehört die Region Bergkarabach zu Aserbaidshan; die armenischen Truppen gelten als Besatzer. Erschwerend kommt hinzu, dass die armenische Innenpolitik ein Problem für die westlichen Partner darstellt: Der Regierung Serzh Sargsyan wird vorgeworfen, autoritäre Tendenzen weiter zu verstärken.

### Unzuverlässige Verbündete

Am Wochenende nach den Kämpfen in Bergkarabach versammelte sich in der armenischen Hauptstadt Jerewan eine aufgebrachte Menge, um vor den Botschaften der USA, Frankreichs und Russlands ihrem Ärger über die Passivität der internationalen Gemeinschaft Ausdruck zu verleihen. Die Armenier sehen sich als Opfer der aserbaidischen Aggression. Dass die großen Mächte sich während der jüngsten Eskalation in Bergkarabach nur mit Aufrufen zur Einhaltung des Waffenstillstandes begnügten, ist für viele Menschen in Jerewan daher unverständlich.

Die meisten Demonstranten versammelten sich vor der Botschaft der Russischen Föderation. Armenien und Russland verbindet die gemeinsame Mitgliedschaft in der Eurasischen Wirtschaftsunion (EEU) und der Organisation des Vertrages für kollektive Sicherheit (CSTO). Der letztere Vertrag umfasst auch die Bündnispflicht, welche Armenien im Falle eines Angriffes die russische Unterstützung zusichert. Auch aus Moskau kam während der Kämpfe jedoch lediglich der Aufruf, den Waffenstillstand einzuhalten und zum Status Quo zurückzukehren. Darüber hinaus wurde das Gipfeltreffen der Regierungschefs der EEU nach Moskau verlegt; die armenische Regierung reagierte brüskiert: Ursprünglich sollte die lang geplante Konferenz am 11./12. April in Jerewan stattfinden. EEU-Mitgliedsland Kasachstan, ein enger Verbündeter Aserbaidschans, bestand jedoch auf einer Verlegung des Gipfels nach Moskau. Bis zuletzt zögerte der armenische Premierminister Hovik Abrahamyan seine Zusage hinaus, entschied sich letztendlich aber doch für die Teilnahme. Offiziell wollte er die EEU-Regierungschefs über die Lage in Bergkarabach informieren.



Platz der Republik in Jerewan / Foto: Sargis Bulghadaryan

Trotz des Bündnisses mit Armenien liefert Russland hochmoderne Waffen an Aserbaidschan. Das weit höhere Militärbudget Bakus erlaubt der aserbaidischen Seite den Kauf modernerer Waffen als das Gerät, mit denen Russland die armenische Armee ausstattet. An der Demarkationslinie in Bergkarabach begegnen sich so aber auch teilweise moderne russische Raketen gleicher Art – wie z.B. die Raketen vom Typ „Smertsch“. Kurz zuvor hatte Russland neben Aserbaidschan auch Armenien die neuen Waffen geliefert – wenn auch auf Kredit.

Moskaus Waffenlieferungen an Aserbaidschan rufen in Jerewan wiederholt Proteste hervor. Russland hält dagegen und verteidigt die Waffenverkäufe an beide Seiten. Ministerpräsident Dmitrij Medwedew argumentierte, dass das Gleichgewicht in der Region gestört wäre, sollten sich Armenien und Aserbaidschan dazu entschließen, andere Waffenlieferanten zu suchen. Allerdings kauft Aserbaidschan bereits Waffen vom NATO-Mitgliedsland Türkei; und Armenien kooperiert mit Griechenland auf militärischer Ebene.

In Armenien werden unterdessen Stimmen laut, welche den Austritt aus der von Russland geführten EEU fordern. Am lautesten ist die Stimme von Raffi Hovannissyan, Vorsitzender der Partei „Zharangut'yun“ („Erbe“), welcher Russland den Ausverkauf armenischer Interessen vorwirft. Auch innerhalb der Oppositionspartei „Armenischer Nationalkongress“ (ANC) stellen einige die Mitgliedschaft Armeniens in der EEU zunehmend in Frage.

Bereits in der Vergangenheit belasteten mehrere Vorfälle das armenisch-russische Verhältnis: In der armenischen Stadt Gyumri unterhält Russland eine ungefähr 3000 Mann starke Militärbasis, welche durch den aktuellen russisch-türkischen Konflikt für Russland an Bedeutung gewonnen hat. Im Januar drang dort ein offensichtlich betrunkenener russischer Soldat in ein Privathaus ein und erschoss eine armenische Familie. Für Empörung in Politik und Zivilgesellschaft Armeniens und schließlich zu Protesten gegen die russische Militärpräsenz sorgte Russlands Weigerung, den Soldaten an Armenien auszuliefern.

Die Regierung in Jerewan versucht im Verhältnis mit Russland stets zu beschwichtigen. Obwohl selbst armenische Minister Kritik an Moskau üben, soll an der Mitgliedschaft der Kaukasusrepublik in der EEU kein Zweifel aufkommen. Armeniens Präsident Serzh Sargsyan verglich die EEU mit der Europäischen Union, welche – trotz der Differenzen einzelner Mitgliedsstaaten – funktioniere.

### **Annäherungsversuche an den Westen**

Während der Kämpfe in Bergkarabach befand sich der armenische Präsident Serzh Sargsyan auf Auslandsreise in Deutschland. Sein Auftritt auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit der deutschen Kanzlerin Angela Merkel löste viel Kritik aus. Die ARD warf Sargsyan sogar vor, „Kriegspropaganda“ betrieben zu haben. Gleichzeitig kündigte das armenische Außenministerium eine diplomatische Offensive an. So wies der armenische Außenminister Eduard Nalbandyan seine Botschafter an, ausländische Regierungen über die „Wahrheit“ in Bergkarabach zu informieren. Zu dieser „Wahrheit“ zählte auch der Vorwurf, Aserbaidschan hätte in den Tagen der Eskalation schwere Kriegsverbrechen sowohl gegen gefangene armenische Soldaten als auch gegen die Zivilbevölkerung begangen. Entsprechende Berichte sendete das armenische Außenministerium an die UNO und die OSZE.



Blick auf Jerewan vom Platz der Freiheit / Foto: Sargis Bulghadaryan

Durch die Mitgliedschaft in der EEU hat sich Armenien außenpolitisch an Russland gebunden, sucht jedoch trotzdem weiterhin den Anschluss an Europa und die USA. In diesem Jahr erkannten die US-Bundesstaaten Hawaii und Georgia die Unabhängigkeit der „Republik Bergkarabach“ an. Ein Akt, der für die Außenpolitik der Vereinigten Staaten zwar nicht bindend ist, aber große symbolische Wirkung hat und sicher nicht ohne Druck der armenischen Organisationen Amerikas umgesetzt wurde.

Gleichzeitig intensiviert Armenien auch seine Beziehungen mit Europa. Im März empfing der armenische Präsident die EU-Außenkommissarin Federica Mogherini. Seit Dezember letzten Jahres laufen Verhandlungen über einen neuen Armenien-EU-Vertrag, welcher die armenisch-europäischen Beziehungen definieren und vertiefen soll. Traditionell pflegt Armenien gute Beziehungen zu Frankreich, das eine große armenische Minderheit hat. Als erstes Land Europas wollte Frankreich die Leugnung des osmanischen Völkermordes 1915 unter Strafe stellen, was jedoch vor dem Verfassungsgericht scheiterte. Eine politische, kulturelle und militärische Kooperation verbindet Armenien auch mit Griechenland. Griechische Militärhochschulen bilden armenische Offiziere aus; armenische Soldaten nahmen in griechischen Kontingenten an der KFOR-Mission im Kosovo teil.

Europa und die USA interessieren sich jedoch auch für gute Beziehungen mit Aserbaidschan. Als Federica Mogherini im März Jerewan besuchte, kam sie gerade aus der aserbaidshianischen Hauptstadt Baku, wo sie mit dem autoritären aserbaidshianischen Präsidenten Ilham Aliyev die europäisch-aserbaidshianische Kooperation besprach. Aserbaidshian ist dank seiner Ressourcen trotz seines restriktiven Systems ein attraktiver Partner für die EU und versucht, sich gegenwärtig als Brückenland zwischen Europa und Asien zu profilieren. In diesen Kontext fallen Projekte wie der „North-South-Transport-Corridor“ und das „New Silk Route“-Projekt. Die Regierung in Baku lockt die europäische Wirtschaft auch mit Zusagen, ihr den Zugang zum iranischen Markt zu öffnen. Baku und Teheran verbindet schon seit vielen Jahren eine enge Kooperation.

Die europäischen Staaten und die USA reagierten gleichermaßen zurückhaltend auf die Eskalation in Bergkarabach und riefen Armenien und Aserbaidschan zur Einhaltung des Waffenstillstandes auf, ohne konkret Schuldige zu benennen oder Lösungsansätze zu präsentieren.

Das unmittelbare westliche Nachbarland Armeniens, NATO-Mitglied und EU-Assoziierungspartner Türkei, bleibt weiter abgeschirmt. 1994 schloss die Türkei seine Grenze zu Armenien, als die Regierung in Jerewan ankündigte, die aserbaidische Enklave Nachitschewan einzunehmen, auf die sie einen Gebietsanspruch stellt. Die Türkei ist ein enger Partner Aserbaidschans. Die aserbaidische Armee erhält Waffen aus der Türkei und lässt sein militärisches Personal in der Türkei ausbilden. Während der Kämpfe vom 2. bis 5. April erklärte der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan, dass die Türkei Aserbaidschan „bis zum Ende“ unterstützen werde. Außer zu Georgien hat Armenien nur noch zum Nachbarland Iran eine passierbare Grenze.

### Was geschah in Bergkarabach?

Für den außenstehenden Betrachter ist es nahezu unmöglich, die wiederaufgeflamte Gewalt in Bergkarabach angemessen zu bewerten oder gar die Verantwortlichen zu finden. Die Berichterstattung Armeniens und Aserbaidschans widersprach sich in allen Punkten; eine objektive Sicht auf die Situation ist kaum möglich. Beide Seiten marginalisierten die eigenen Verluste und gaben an, Hunderte feindlicher Soldaten getötet zu haben. Gegenseitig wirft man sich vor, schwere Kriegsverbrechen begangen zu haben. In der Summe aller Stellungnahmen lässt sich rekonstruieren, dass es sich um einen Vorstoß der aserbaidischen Seite gehandelt hat. Aserbaidschan dagegen behauptet, eine Provokation von armenischer Seite aus beantwortet zu haben. Derartige Provokationen geschehen an der Demarkationslinie in Bergkarabach seit dem Waffenstillstand von 1994 beinahe täglich, wobei sie regelmäßig Todesopfer fordern. Zu diesem alltäglichen Zustand, der allgemein als Status Quo gilt, sind beide Seiten auch nach dem 5. April zurückgekehrt.

Offiziell sprach Jerewan zunächst von 32 getöteten Soldaten. Bei seinem Besuch in einem Militärhospital redete der armenische Verteidigungsminister Seyran Ohanyan jedoch bereits von über 70 Gefallenen auf armenischer Seite. Auch acht Zivilisten sollen getötet worden sein, wobei Armenien Aserbaidschan vorwirft, Wohngebieten absichtlich beschossen zu haben. Bei ihrem Vorstoß sollen die aserbaidischen Truppen auch ein von Armeniern bewohntes Dorf eingenommen und Bewohner gewaltsam ermordet haben. Der Bericht, den die armenische Seite an die UNO und die OSZE adressierte, benennt Misshandlungen armenischer Kriegsgefangener durch aserbaidische Soldaten und behauptet, Kämpfer der Terrorereinheit „Islamischer Staat“ würden auf aserbaidischer Seite kämpfen. Die abschließende Bewertung der Vorwürfe seitens der UNO und der OSZE bleibt weiterhin abzuwarten.

Bergkarabach ist seit 1988 Krisengebiet; der Konflikt an sich und der damit verbundene schier unüberwindbare Hass zwischen Armeniern und Aserbaidschanern geht jedoch schon mehrere Jahrhunderte weit in die Geschichte zurück. Noch zu sowjetischen Zeiten brachen im mehrheitlich von Armeniern bewohnten Teil Aserbaidschans Kämpfe aus, welche erst 1994 durch einen Waffenstillstand unterbunden werden konnten. Die sowjetische Armee griff nur halbherzig in den Konflikt ein: Zuerst wurde Armenien unterstützt, dann Aserbaidschan. Beide Seiten machten sich gegenseitig für schwere Verbrechen, die man auch als ethnische Säuberungen bezeichnen kann, verantwortlich. Während die Armenier die ethnischen Aserbaidschaner Bergkarabachs vertrieben, kam es in Baku zu schweren Pogromen gegen die dort lebende armenische Bevölkerung.

Armenien kontrolliert derzeit das Gebiet der ehemaligen Autonomen Region Bergkarabach der Aserbaidschanischen Sowjetrepublik – ebenso wie zehn anliegende Kreise. Die Armenier riefen auf dem Gebiet die sogenannte „Republik Südkarabach“ aus: offiziell eine autonome Republik mit eigenen Regierungsorganen und Armee.

Aufgrund der schweren Kampfhandlungen und den damit verbundenen Vertreibungen Anfang der 90er Jahre leben in diesen Gebieten so gut wie keine ethnischen Aserbaidschaner mehr. In fünf UNO-Resolutionen wird Bergkarabach jedoch weiterhin als aserbaidschanisches Staatsterritorium definiert. Darüber hinaus werden der Abzug der armenischen Armee sowie die Möglichkeit für die zahlreichen aserbaidschanischen Flüchtlinge, wieder in ihre Dörfer zurückzukehren, gefordert.

Nicht nur in Bergkarabach, auch an weiteren Abschnitten der armenisch-aserbaidschanischen Staatsgrenze kommt es immer wieder zu Schusswechseln. So ist der Grenzverlauf in der armenischen Region Tawusch noch immer nicht einwandfrei geklärt und Armenien erkämpfte sich die Kontrolle über den gesamten Abschnitt der Magistrale Jerewan-Tbilisi, welche das völkerrechtliche Gebiet Aserbaidschans anschneidet. Reisende zwischen Jerewan und der georgischen Hauptstadt Tbilisi müssen zuweilen mit Verzögerungen oder Sperrungen auf dieser Straße rechnen, die durch von aserbaidschanischen Bewohnern „gesäuberte“ Ruinendörfer führt.

### Zwietracht auch im Inneren

Die Eskalation in Bergkarabach scheint der armenischen Regierung zum rechten Zeitpunkt gekommen zu sein. Die Vorkommnisse in Bergkarabach lenkten sowohl die armenische Öffentlichkeit als auch die internationale Gemeinschaft von den innenpolitischen Problemen ab. Der aktuelle Freedom House Report klassifiziert Armenien als ein semi-autoritäres Regime. Grund dafür sind schwere Verletzungen der Pressefreiheit sowie die weitere Machtsicherung der regierenden Republikanischen Partei Armeniens. Aktuelles Beispiel für den armenischen Demokratieabbau ist die umstrittene Reform des Wahlgesetzes, welches für Oppositionsparteien neue, schier unüberwindbare Hürden setzt. Eine Reform des Wahlrechts wird von der ODHIR-Kommission der OSCE seit Sommer letzten Jahres gefordert; die Parlamentswahlen 2017 sollen bereits im Einklang mit dem neuen Gesetz stattfinden.



Verfassungsreferendum in Armenien 2015 / Foto: Götz-Martin Rosin

– bei den meisten handelt es sich um jesidische Kurden. Das Oberhaupt der jesidischen Gemeinschaft Armeniens kündigte an, ausschließlich die regierende Republikanische Partei Georgiens zu unterstützen - in der streng hierarchisch organisierten jesidischen Gemeinschaft eine klare Absage an die Oppositionsparteien.

Die Planungen zur Wahlrechtsreform fanden hinter verschlossenen Türen statt. Öffentlichkeit und selbst das Parlament wurden nur bruchstückhaft von den geplanten Neuerungen informiert, was die Oppositionsparteien ebenfalls als Verstoß gegen demokratische Gepflogenheiten wertete. Die Regierung kam der Opposition entgegen, indem es eine Verhandlungsgruppe in einem 4+4+4-Format vorschlug, in der jeweils vier Vertreter von Regierung, parlamentarischer Opposition und NGOs teilnehmen sollten. Die Verhandlungen haben aber bislang zu keinem Ergebnis geführt, da beide Seiten auf ihrer Position beharren.

Die Opposition besteht auf der Veröffentlichung von Wahllisten, um Mehrfachwähler aufzudecken. Die Regierung lehnt so eine Praxis als Verstoß gegen das Wahlgeheimnis ab.

Mit Unterstützung der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit hat der ANC Ende April eine Konferenz durchgeführt, die zivilgesellschaftliche Akteure, Parteien und internationale Botschaften zusammenbrachte. Auch wenn es (noch) keine Einigung mit der Regierungskoalition gibt, bleibt der öffentliche Debatte doch lebhaft.



Platz der Freiheit vor der Jerewaner Oper / Foto: Sargis Bulghadaryan

kritisch gegenüber der armenischen Regierung. Die Bürger Armeniens haben nur das Internet, um sich unabhängig zu informieren.

Es ist ein schmaler Grat zwischen freier Meinungsäußerung und Restriktion, auf dem sich die armenische Gesellschaft bewegt. So ist es oft nicht klar, wann kritische Meinungsäußerung zu Konsequenzen führt und wann nicht. Im März demonstrierte beispielsweise vor der Jerewaner Oper eine Gruppe von Feministinnen für die Freilassung verhafteter Mitstreiterinnen. Die Polizei löste die Kundgebung gewaltsam auf, verletzte mehrere Frauen und verhaftete alle acht Teilnehmer der nicht genehmigten Versammlung. Umso bemerkenswerter ist es, dass die Polizei kurz darauf ein Protestzelt erlaubte, welches auf die Menschenrechtsverletzungen in Armenien aufmerksam machte und die Freilassung der Feministinnen forderte.

Ähnlich ergeht es den Medien, die – aufgrund der Eigentumsverhältnisse – weitestgehend auf Regierungslinie sind, in Einzelfällen aber trotzdem leise Kritik üben. Armenier haben zwar die Möglichkeit, russisches Fernsehen zu empfangen; das äußert sich jedoch nicht

## **Armeniens Balanceakt**

Armeniens Weg ist unklar. Jerewan bemüht sich außenpolitisch um eine Balance zwischen Russland und dem Westen – erschwert durch die Anbindung an Russland im Rahmen der EEU. Ein Spaziergang durch Jerewan offenbart die russische Allgegenwärtigkeit: Die vermeintliche Schutzmacht betreibt in der armenischen Hauptstadt Banken, Versicherungsgesellschaften und Unternehmen. Vieles ist in Jerewan auf Russisch ausgeschildert und selbst die russische Sprache gilt unter Armeniern als häufig benutzte Umgangssprache. Einerseits sehen die Armenier Russland als Garant für die staatliche Existenz der kleinen Republik; andererseits führt die russische Kooperation mit Aserbaidschan und die Passivität in der Bergkarabach-Frage jedoch zu zunehmender Enttäuschung über den Bündnispartner. Nicht überraschend vermuten viele Beobachter, dass Russland hinter der jüngsten Eskalation in Bergkarabach steht, um Moskau erneut eine Bühne zu geben, sich vor der internationalen Gemeinschaft als Friedensstifter zu präsentieren.

Die neue Eiszeit, die Armenien in der EEU umgibt, mag auch wirtschaftliche Gründe haben – verbunden mit der schweren Krise der russischen Wirtschaft, die außer an westlichen Sanktionen auch an fehlenden Strukturreformen, Korruption und staatlicher Willkür leidet. Der nördliche Nachbar Armeniens, Georgien, bleibt wichtiger Partner des Landes. Die Regierung in Tbilisi hat durch die konsequente Reformierung des Landes erreicht, dass georgische Bürger voraussichtlich ab diesem Sommer Visa-frei in den Schengen-Raum reisen dürfen. Obwohl Georgien politisch und wirtschaftlich eng mit Aserbaidschan kooperiert, entschied sich Tbilisi ebenfalls für Neutralität im Konflikt um Bergkarabach. Es besteht die Hoffnung, dass ein wirtschaftlich prosperierendes und demokratisches Georgien positiven Einfluss auf Armenien haben wird, das dem Beispiel seines nördlichen Nachbarn folgen könnte. Bis dahin bleibt Armenien ein halb autoritäres Land, mit einer ungeklärten Menschenrechtslage und unfreier Presse. Ein Land im permanenten Kriegszustand mit Aserbaidschan, gelegen zwischen zwei geschlossenen Grenzen. Dabei hat das wirtschaftlich arme Land auch international keinen einzigen verlässlichen Partner.

**Peter-Andreas Bochmann** ist Projektleiter der Stiftung für die Freiheit für den Südkaukasus mit Sitz in Tbilisi.

**Oleg Friesen**, Nachwuchswissenschaftler, absolvierte ein Praktikum im Projektbüro Südkaukasus der Stiftung für die Freiheit.

## **Impressum**

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit (FNF)  
Fachbereich Internationales  
Referat für Querschnittsaufgaben  
Karl-Marx-Straße 2  
D-14482 Potsdam